

Ungleichheit der Lebenslagen und ihre Legitimation im Transformationsprozeß: Fakten, Perzeptionen und Bewertungen

Noll, Heinz-Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H. (1996). Ungleichheit der Lebenslagen und ihre Legitimation im Transformationsprozeß: Fakten, Perzeptionen und Bewertungen. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 488-504). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140521>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ungleichheit der Lebenslagen und ihre Legitimation im Transformationsprozeß: Fakten, Perzeptionen und Bewertungen

Heinz-Herbert Noll

1.

Fragen der Ungleichheit der Lebenslagen oder der »asymmetrischen Verteilung knapper und begehrter Güter« (*Hradil* 1991: 531) gehören zweifellos zu den Kernproblemen der deutschen Vereinigung und der Transformation der ehemaligen DDR-Gesellschaft (*Kurz* 1993): »Verteilungskonflikte zwischen den beiden Teil-Territorien bilden heute das wirtschafts- und innenpolitische Hauptproblem der vergrößerten Republik« (*Offe* 1994: 38). Die Tatsache, »daß Mitglieder einer Gesellschaft unterschiedlich mit geschätzten Gütern ausgestattet sind« (*Bolte* 1990: 30), konstituierte einerseits eines der, wenn nicht sogar das herausragende Ausgangsproblem der deutschen Vereinigung, aber andererseits hatte der Transformations- und Vereinigungsprozeß auch eine nicht unerhebliche Um- und Neuverteilung von mehr oder weniger vorteilhaften Lebenslagen zur Folge. Analytisch sind in diesem Zusammenhang daher mindestens zwei Dimensionen der Ungleichheit der Lebenslagen zu unterscheiden. Die eine bezieht sich auf die Ungleichheit zwischen West- und Ostdeutschen, die aus dem zu Beginn des Vereinigungsprozesses gewaltigen Wohlstands- und Modernitätsgefälle zwischen den alten und neuen Bundesländern resultiert, die andere auf die Ungleichheit der Lebenslagen innerhalb der beiden Teigesellschaften. Die zu erwartenden Effekte des Vereinigungs- und Transformationsprozesses sind in beiden Fällen grundverschieden: Während die Ungleichheit der Lebenslagen zwischen Ost- und Westdeutschen voraussichtlich mehr und mehr abgebaut und damit über kurz oder lang auch an gesellschaftlicher Relevanz und politischer Brisanz verlieren wird, ist hinsichtlich der Binnenungleichheit – wenigstens für den Bereich der neuen Bundesländer – horizontal wie vertikal eine zunehmende Differenzierung und De-Egalisierung der Lebenslagen zu erwarten.

Eine ungleiche Verteilung von mehr oder weniger vorteilhaften Lebenslagen

stellt jedoch an sich in der Regel noch kein gesellschaftliches und politisches Problem dar. Soziale Ungleichheit gilt nur in dem Maße als inakzeptabel, wie sie mit den herrschenden Gleichheitsidealen und Gerechtigkeitsnormen kollidiert. Die Auffassungen darüber, welche Formen sozialer Ungleichheit in welchem Ausmaß und unter welchen Umständen gerechtfertigt erscheinen, sind freilich nicht nur historisch und interkulturell variabel, sondern können auch innerhalb einer Gesellschaft differieren. Inwieweit eine gegebene Verteilung tatsächlich als legitim angesehen wird, welche Unterschiede dabei zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehen, und welchen Trends die Legitimitätsvorstellungen über die Zeit folgen, sind daher Fragen, die nur empirisch beantwortet werden können.

In meinem folgenden Beitrag werde ich mich vor allem mit der Legitimation ungleicher Lebenslagen im Transformationsprozeß beschäftigen und dazu nach einer kurzen Betrachtung der faktischen Ungleichheit und ihrer Entwicklung insbesondere untersuchen, wie die Bürger in Ost- und Westdeutschland soziale Ungleichheit wahrnehmen und bewerten. Ich stütze mich dabei primär auf Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), in deren Rahmen Aspekte der Perzeption und Bewertung von sozialer Ungleichheit schwerpunktmäßig in den Jahren 1984 und 1994, darüber hinaus aber auch in der Basisumfrage von 1991 und in anderen Jahren untersucht worden sind. Im Vordergrund meiner Betrachtung steht die Frage, welche diesbezüglichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zu beobachten sind, und welche Veränderungen im Verlauf des Vereinigungs- und Transformationsprozesses stattgefunden haben. Die Ausgangshypothese, an der ich mich dabei orientiere, ist ebenso einfach wie naheliegend: Ich gehe davon aus, daß Ost- und Westdeutsche sich in der Wahrnehmung und Bewertung ungleicher Lebenslagen zunächst deutlich unterscheiden, daß aber im Verlauf des Transformationsprozesses eine Angleichung stattfindet und die Differenzen sich nach und nach ebnen. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß Differenzen in der Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit desto wahrscheinlicher sind, je ausgeprägter einerseits die materielle Ungleichheit ist, und je größer andererseits die Unterschiede in der Zentralität von Gleichheitswerten sind. Daß egalitäre Grundüberzeugungen in der Bevölkerung der DDR einen höheren Stellenwert als in der westdeutschen Bevölkerung hatten, ist vielfach belegt und wird vor allem auf die Wirkungen der sozialistischen Ideologie zurückgeführt: »Ein Großteil der DDR-Bürger« – so heißt es beispielsweise in einem kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienenen Artikel, der sich mit der Frage auseinandersetzt, ob es eine DDR-Nostalgie gibt – »hatte sozialistische Wertvorstellungen verinnerlicht. Dazu gehören Vorstellungen von sozialer Gleichheit, Verteilungsgerechtigkeit, gleichen Lebens-

chancen und Solidarität« (Fritze 1995: 10). »Wir waren alle gleich, und wir hatten alle Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit«. Dieser Aussage stimmte in einer Umfrage des *Instituts für Demoskopie Allensbach* in den neuen Bundesländern auch 1994 immerhin jeder zweite Befragte zu (Herr 1995: 17).

2.

Wie stellt sich die Situation im Hinblick auf die faktische Ungleichheit der materiellen Lebenslagen gegenwärtig dar? Versucht man, darauf eine summarische Antwort zu geben, so ist zunächst festzustellen, daß die drastischen Wohlstandsdisparitäten, wie sie zu Beginn des Vereinigungsprozesses zu beobachten waren, bereits erheblich abgebaut worden sind, auch wenn der Abstand zwischen Ost und West immer noch beträchtlich ist. Immerhin: Gemessen an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner ist der Lebensstandard in den neuen Bundesländern zwischen 1990 (zweites Halbjahr) und 1994 von 43 auf 67 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen (*Statistisches Bundesamt* 1992; 1994; 1995). Dieser generelle Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen Ost und West dokumentiert sich nicht zuletzt in der Ausstattung der privaten Haushalte und im allgemeinen Konsumniveau: Am deutlichsten sichtbar vielleicht im PKW-Bestand, der sich zwischen 1989 und 1993 nicht nur fast verdoppelt sondern auch größtenteils erneuert hat; darüber hinaus aber z.B. auch bei Urlaubsreisen, im Wohnkomfort oder der Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik und Haushaltsgeräten (Geißler 1995: 13). Betrachtet man demgegenüber die Verteilung der Einkommen innerhalb der neuen Bundesländer, so »hat die Ungleichheit ... in Ostdeutschland in jedem Untersuchungsjahr zugenommen, aber noch immer nicht das Ausmaß der Ungleichheit in Westdeutschland erreicht« – so das Ergebnis einer Untersuchung von Müller und anderen (1995: 84). Dieser Befund kann beispielsweise am Gini-Index abgelesen werden, der sich für Ostdeutschland zwischen 1990 und 1993 von 0,185 auf 0,216 erhöht hat (Westdeutschland 1992: 0,264), aber auch an der Armutsquote, die in den neuen Bundesländern eine zunehmende Tendenz aufweist, aber ebenfalls noch unter dem westdeutschen Niveau liegt, wenn der Berechnung das jeweilige Durchschnittseinkommen zugrundegelegt wird. Daß die Ungleichheit in den neuen Bundesländern gegenwärtig noch geringer als in den alten ist, wird unter anderem auf die nivellierende Wirkung der Transferzahlungen zurückgeführt, die nach wie vor einen bedeutenden Anteil an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausmachen.

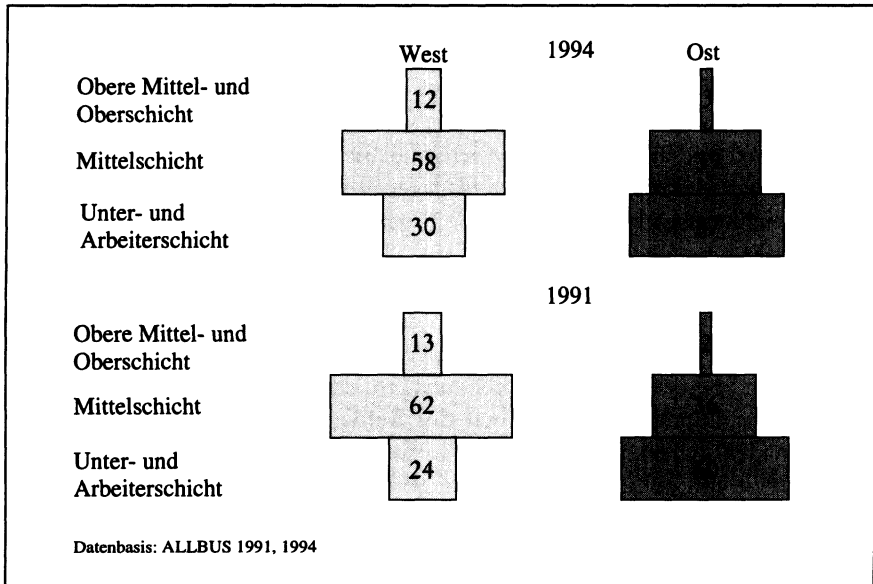
3.

Um die Frage zu beantworten, wie soziale Ungleichheit von den Bürgern wahrgenommen wird, empfiehlt es sich, eine Mikro- und eine Makroperspektive zu unterscheiden. In der Mikroperspektive geht es zunächst darum festzustellen, wo einzelne Individuen und Gruppen ihre eigene Position im gesellschaftlichen Ungleichheitsgefüge lokalisieren, und aus welcher Perspektive sie in der Gesellschaft agieren und am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben partizipieren. In der Makroperspektive steht dagegen die Frage im Vordergrund, wie die Ungleichheitsstruktur im ganzen wahrgenommen wird, ob die Gesellschaft z.B. als offen oder geschlossen bzw. als eine klassenlose, egalitäre oder in Klassen gesplattene Gesellschaft erlebt wird.

Wie sich Individuen und Gruppen in das gesamtgesellschaftliche Ungleichheitsgefüge einordnen, läßt sich unter anderem an der subjektiven SchichtEinstufung ablesen.¹ Bemerkenswert ist hier zunächst, daß sich eine große und im Zeitverlauf sogar zunehmende Mehrheit der Befragten mit einer der genannten Schichten identifiziert. In den alten wie in den neuen Bundesländern beläuft sich dieser Anteil von gültigen Angaben auf 95 % aller Befragten. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist der Anteil derjenigen, die sich keiner Schicht zuzuordnen vermochten, oder die eine Einstufung abgelehnt haben, im Vergleich zu 1991 deutlich zurückgegangen.² Die Unterschiede in der Wahrnehmung der eigenen Position im gesellschaftlichen Ungleichheitsgefüges, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Ost-West-Vergleich ergeben, sind nach wie vor drastisch und haben sich entgegen unseren Erwartungen gegenüber 1991 nur unwesentlich verringert (Noll/Schuster 1992). Während sich 1994 58 % der Westdeutschen der Mittelschicht, aber nur wenig mehr als ein Viertel der Arbeiterschicht zuordnen, stufen sich 57% der Ostdeutschen in die Arbeiterschicht und lediglich ein gutes Drittel in die Mittelschicht ein (Abb. 1).³ Auch der Anteil derjenigen, die sich mit der oberen Mittel- oder Oberschicht identifizieren, ist im Westen mit 12% deutlich größer als im Osten, wo sich lediglich 3% der gesellschaftlichen Elite zurechnen.

Diese Zahlen machen deutlich, daß die ostdeutsche Bevölkerung die gesellschaftliche Stathierarchie auch 1994 noch mehrheitlich aus einer Perspektive des »wir hier unten und Ihr da oben« wahrnimmt, während sich die Westdeutschen in ihrer Majorität im mittleren und oberen Bereich plazieren. Dieser Befund bestätigt sich, wenn wir statt der subjektiven Schichtidentifikation die Einstufung auf der sogenannten »Oben-Unten-Skala« als Indikator für die Position in der Stathierarchie verwenden: Auf der von 1 bis 10 reichenden Skala stuften sich die ostdeutschen Bürger 1992 – neuere Daten liegen dazu nicht vor – mit

Abbildung 1: Subjektive Schichteinstufung in West- und Ostdeutschland – Anteile in %.

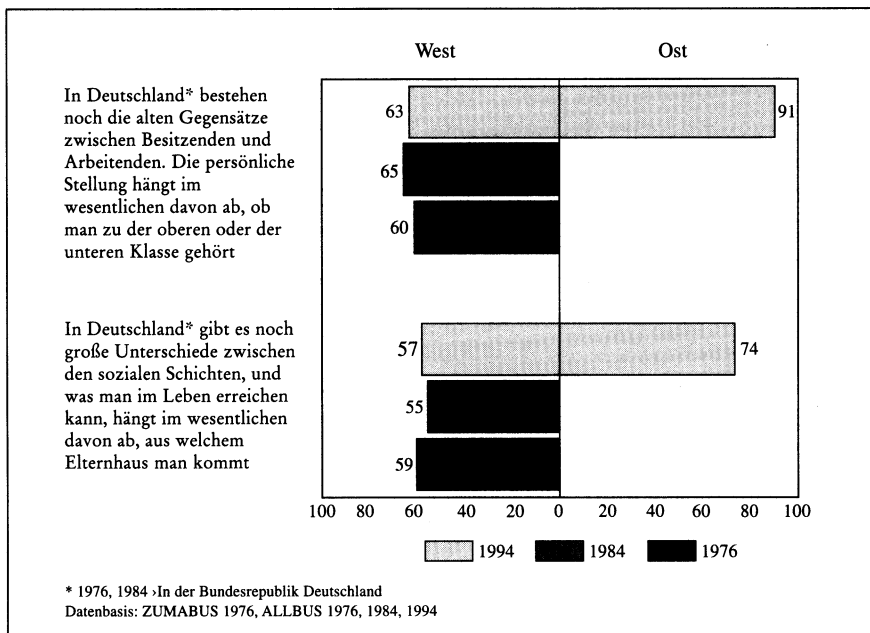


einem Wert von 4,7 im Durchschnitt einen gesamten Skalenpunkt niedriger ein als die westdeutschen mit 5,7. Die von manchen Beobachtern als regionale Ungleichheit klassifizierte Ungleichheit der Lebenslagen zwischen den alten und neuen Bundesländern hat daher eindeutig auch eine vertikale Dimension: Mit der westdeutschen und ostdeutschen Identität ist offensichtlich nach wie vor zugleich auch die Vorstellung einer höheren oder niedrigeren Position in der gesamtdeutschen Statushierarchie bzw. das Gefühl von »westdeutscher Dominanz und ostdeutscher Deklassierung« (Geißler 1995: 16) verbunden.

Große Ost-West-Unterschiede dokumentieren sich auch in der Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit aus der Makroperspektive. Die Indikatoren, auf die ich mich hier stütze, sind zwei Items, die die Bedeutung von Klassenzugehörigkeit und sozialer Herkunft für den erreichten Status und persönlichen Erfolg thematisieren (Abb. 2).

Wenn 63% der Westdeutschen und sogar 91% der Ostdeutschen der Aussage zustimmen, »in Deutschland bestehen noch die alten Gegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt davon ab, ob man

Abbildung 2: Die Bedeutung von Klasse und Schicht in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit



zu der oberen oder unteren Klasse gehört«, deutet dies zunächst einmal darauf hin, daß die Vorstellung einer nach Klassen strukturierten Ungleichheit für den größten Teil der Bevölkerung in Ost und West nach wie vor sehr real und überraschend aktuell zu sein scheint. Zugleich wird jedoch deutlich, daß das Bild einer durch die Klassenzugehörigkeit bestimmten Lebenslage und in Klassen gespaltenen Gesellschaft in der ostdeutschen Bevölkerung sehr viel weiter als in der westdeutschen verbreitet ist. Bemerkenswert ist dabei auch, daß die Haltung zu dieser Frage in der ostdeutschen Bevölkerung kaum variiert, während sie in Westdeutschland z.B. eng mit dem Bildungsabschluß, dem Erwerbsstatus und der Schichtzugehörigkeit zusammenhängt. Große Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen zudem in der Beurteilung der Schichtunterschiede und der Bedeutung der sozialen Herkunft. So stimmen 74% der Ostdeutschen gegenüber 57% der Westdeutschen der Aussage zu: »In Deutschland gibt es noch große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten, und was man im Leben erreichen kann, hängt im wesentlichen davon ab, aus welchem Elternhaus man

kommt«. Hier zeigt sich allerdings für Ost- und Westdeutsche gleichermaßen, daß diese Haltung von jüngeren Personen weniger als von älteren geteilt wird, von Befragten mit höherer Bildung weniger als von Befragten mit niedrigerer, sowie eine abnehmende Zustimmung mit der Höhe der sozialen Schicht.

Alles in allem – darauf deuten die genannten Befunde nachdrücklich hin – hat die heutige Bundesrepublik in der ostdeutschen Bevölkerung viel ausgeprägter als in der westdeutschen das Image einer Gesellschaft, in der Lebenslagen und -chancen noch nach den traditionellen Kriterien der Zugehörigkeit zu Klassen und Schichten verteilt werden, und in der sie selbst – auch vier Jahre nach der förmlichen Wiedervereinigung – überwiegend die unteren Ränge einnimmt.

4.

Unabhängig davon wie die Ungleichheitsstruktur und die eigene Position darin wahrgenommen wird, können die Verteilungsergebnisse aus der Sicht der Bürger unterschiedlich bewertet und als mehr oder weniger gerechtfertigt angesehen werden. Unter anderem hat *Parkin* nachdrücklich darauf verwiesen, daß Ungleichheit in der Verteilung von Vorteilen stets ein Potential für politische und soziale Instabilität darstellt und die Verteilungsprinzipien daher besonders in den Augen derjenigen der Legitimation bedürfen, die nicht zu den Bevorzugten gehören (*Mayer/Kraus/Schmidt* 1992: 51).

In diesem Zusammenhang stellt sich zunächst die Frage, wie das Ausmaß der Ungleichheit aus der Sicht der Bevölkerung beurteilt wird, ob es angemessen und erträglich oder unangemessen und inakzeptabel erscheint.

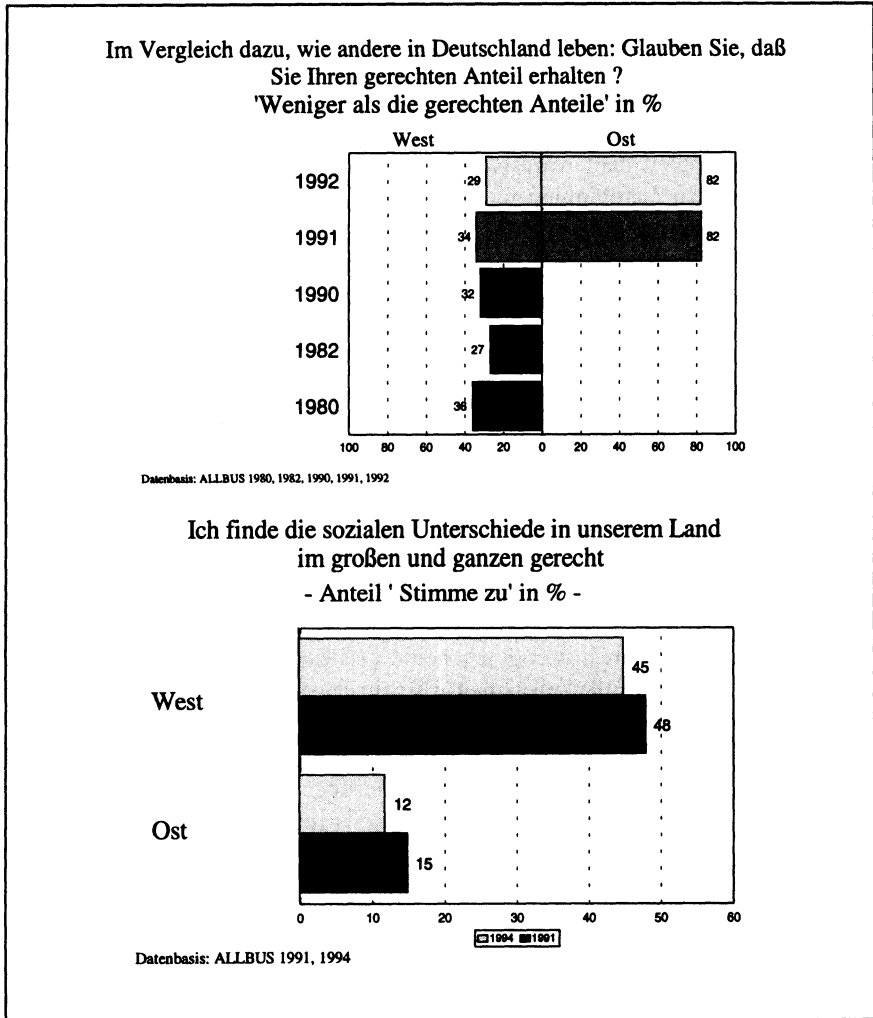
Wie aus den Daten des *International Social Survey Programme* von 1992 hervorgeht, waren 84 % der Westdeutschen, aber nicht weniger als 98 % der Ostdeutschen der Auffassung, daß die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind; darunter sind 61 % der Ostdeutschen gegenüber 31 % der Westdeutschen, die dem uneingeschränkt zustimmen. Außer in Bulgarien ist diese Überzeugung in keinem anderen der insgesamt 17 Länder, in denen diese Frage gestellt wurde, auch nur annähernd so verbreitet wie in den neuen Bundesländern. Die Tatsache, daß weniger als die Hälfte (46 %) der Westdeutschen, aber 86 % der Ostdeutschen davon ausgehen, sie würden sich bei einer Nivellierung der Einkommensverteilung persönlich verbessern, spricht für die Annahme, daß zumindest die ostdeutschen Befragten hierbei in erster Linie an die Einkommensdifferenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern denken. Die Bürger in den neuen Bundesländern sehen aber nicht nur häufiger als ihre westdeutschen Landsleute die Ein-

kommensunterschiede als zu groß an und glauben mehrheitlich von einer Umverteilung zu profitieren, sondern sie schätzen auch die Möglichkeiten für den Abbau von Ungleichheit optimistischer ein. Der Aussage, »selbst wenn man es wollte, könnte man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen, als sie bei uns in Deutschland sind«, stimmte 1994 jeder zweite Westdeutsche (50%), aber nur jeder dritte Ostdeutsche (34%) zu. Allerdings hat diese Haltung einer nicht weiter reduzierbaren Ungleichheit in Westdeutschland im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte erheblich an Zustimmung gewonnen. 1976 – als die Verteilungspolitik auch in der alten Bundesrepublik noch höher im Kurs stand, bevor sie gegenüber der Angebotspolitik an Kredit verlor – lag der Anteil noch bei 39% (Mayer/Kraus/Schmidt 1992: 58), d.h. annähernd im Bereich der Größenordnung, wie wir sie gegenwärtig in den neuen Bundesländern beobachten.

Ein zweiter Maßstab, an dem ganz besonders auch die Ost-West-Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland und der Verlauf des Integrationsprozesses gemessen wird, ist die Gerechtigkeit der Verteilung von Einkommen und Wohlstand. Gerechtigkeit – von Rawls als höchste Tugend sozialer Einrichtungen bezeichnet – gehört zweifellos zu den zentralen Werten wohlfahrtsstaatlich organisierter Gesellschaften (Flora u.a. 1977; *Uusitalo* 1985). Bei der Gerechtigkeit der Verteilung geht es primär darum, ob das Verteilungsergebnis – bzw. aus der Mikroperspektive betrachtet der individuelle Anteil daran – aufgrund allgemein geteilter Wertvorstellungen – das können z.B. Leistungskriterien, aber auch Bedarfs Gesichtspunkte sein – gerechtfertigt erscheint. Das Konzept der Gerechtigkeit ist daher komplexer als das der Gleichheit. Es geht dabei in aller Regel – so *Haller* (1990: 7) – »nicht um die gleiche Behandlung aller, sondern um unterschiedliche Behandlung in Abhängigkeit von bestimmten Umständen“. Umfragen bieten die Möglichkeit, das Problem der Operationalisierung von Gerechtigkeit auf die Weise zu lösen, daß die Definition dessen, was als gerecht zu betrachten ist und worauf sich die Bewertung stützt – Leistung, Bedarf oder auch erfahrenes Leid – der subjektiven Beurteilung des einzelnen Befragten überlassen bleibt.

Wie wird nun die Gerechtigkeit der Verteilung von mehr oder weniger vorteilhaften Lebenslagen von der Bevölkerung beurteilt? Betrachtet man zunächst die subjektiv empfundene Verteilungsgerechtigkeit, wie sie sich aus der Mikroperspektive des einzelnen Bürgers darstellt, so glaubten 1992 etwa zwei Drittel der Westdeutschen ihren gerechten Anteil oder sogar mehr an dem zu erhalten, was die Gesellschaft an Ressourcen und Belohnungen zu verteilen hat, aber 80% der Ostdeutschen sind davon überzeugt, nicht den Anteil zu bekommen, der ihnen gerechterweise zustehe (Abb. 3). In Westdeutschland lag der Anteil derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil an Wohlstand und Lebenschancen zu erhalten, auch in den früheren Erhebungsjahren bei jeweils rund einem Drittel der Befragten.

Abbildung 3: Subjektive Verteilungsgerechtigkeit in West- und Ostdeutschland



Die These von der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« findet demnach mindestens insofern eine empirische Grundlage, als über einen Zeitraum von etwa 15 Jahren hinweg eine beachtliche Minderheit von einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung davon überzeugt ist, nicht in der Weise am allgemeinen Wohlstand zu

partizipieren, wie es ihnen gerechterweise zustehe. In den neuen Bundesländern beschreibt diese Einstellung gegenwärtig freilich nicht nur die Haltung einer Minderheit, sondern wird von einer überwältigenden Bevölkerungsmehrheit geteilt. Alle Befunde sprechen dafür, daß es vor allem das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern ist, das als ungerecht empfunden wird, und daß es sich bei der weit verbreiteten Attitüde eines ungerechtfertigten »Zu-Kurz-Kommens« der ostdeutschen Bürger um das kollektive Gefühl der relativen Deprivation im Vergleich mit den westdeutschen handelt (Noll 1992).

Das Legitimationsdefizit in der ungleichen Verteilung der Lebenslagen zwischen Ost und West zeigt sich auch dann, wenn nicht nach der Gerechtigkeit des individuellen Anteils am Gesamtprodukt, sondern nach der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede im ganzen gefragt wird. Der Aussage »ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht« stimmten 1994 45 % der Westdeutschen, aber nur 12 % der Ostdeutschen zu (Abb. 3). Obwohl das Wohlstandsgefälle abgenommen hat, hat sich an dieser Einschätzung im Vergleich zu 1991 praktisch nichts geändert. Die These von der »Gerechtigkeitslücke« oder Beobachtungen, daß »Gerechtigkeit ...im Osten ein Schlüsselbegriff ist, den man in jedem Gespräch mehrmals zu hören bekommt« (Adam 1995), finden hier eine eindrucksvolle empirische Bestätigung.

Die drastischen Ost-West-Differenzen in der Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit werfen die weitergehende Frage auf, inwieweit sich auch die zugrundeliegenden Verteilungsnormen und Legitimationsmechanismen unterscheiden. Eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und Belohnungen kann unterschiedlich legitimiert werden. Insbesondere *Parsons* hat darauf verwiesen, daß die Ungleichheit der Ergebnisse dadurch legitimiert werden könne, daß die Gleichheit der Chancen garantiert werde (Mayer/Kraus/Schmidt 1992: 53).

Daß Chancengleichheit in Deutschland gewährleistet ist, glaubt zwar eine beachtliche und überdies zunehmende Mehrheit der Bevölkerung in den alten Bundesländern, aber nur eine Minderheit in den neuen. Die dafür als Indikator verwendete Frage aus dem ALLBUS »hat bei uns jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?« bejahen 1994 fast zwei Drittel der Westdeutschen, aber lediglich ein Drittel der Ostdeutschen (Abb. 4). Kaum weniger unterscheiden sich die Ansichten im Hinblick darauf, ob soziale Ungleichheit durch eine individuell zu verantwortende differentielle Nutzung von Chancen gerechtfertigt werden kann. Der Aussage »die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat« stimmen 1994 mit 57 % erneut die Majorität der Westdeutschen, aber lediglich 35 % der

Abbildung 4: Einstellung zu sozialer Ungleichheit – Anteil ›Stimme zu‹ in %

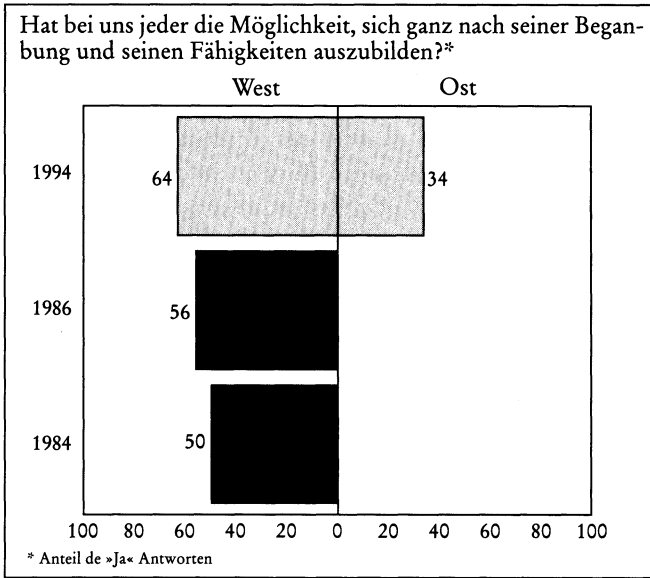
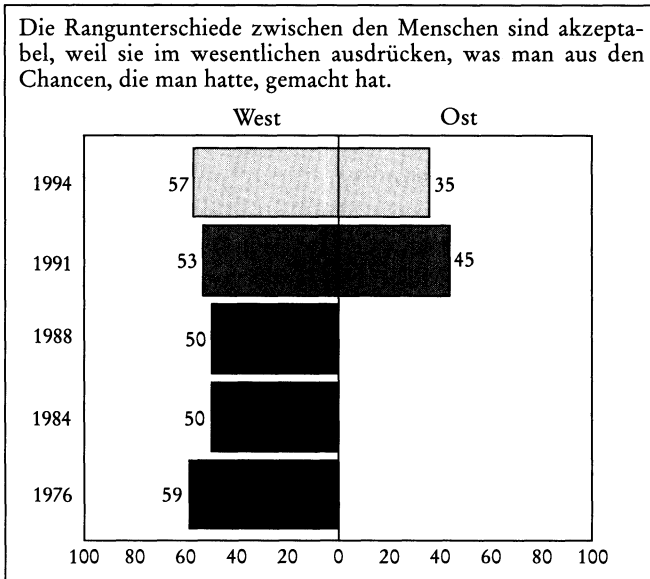


Abbildung 5: Einstellung zu sozialer Ungleichheit – Anteil ›Stimme zu‹ in %



Ostdeutschen zu. Bemerkenswert ist hier, daß der Anteil derjenigen, die zustimmen, in den neuen Bundesländern gegenüber 1991 von 45 auf 35% zurückgegangen ist, während wir dazu in Westdeutschland seit 1984 der Tendenz nach eine wachsende Zustimmung beobachten (*Abb. 5*). Offenbar wird soziale Ungleichheit von den Bürgern der neuen Bundesländer nicht bzw. wenigstens noch nicht in dem gleichen Maße wie von den Westdeutschen als das Ergebnis individuellen und eigenverantwortlichen Handelns angesehen.

Dafür spricht auch, daß die Bedeutung persönlicher Anstrengungen im Vergleich zu kollektiven Entscheidungen und den individuell nicht beeinflussbaren äußeren Umständen im Westen und Osten Deutschlands sehr unterschiedlich beurteilt wird. Der Aussage »Was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates« stimmt zwar auch jeder zweite Westdeutsche zu, aber in Ostdeutschland sind es zwei von drei Befragten, die diese Auffassung teilen (*Abb. 6*).

Ob es hier einen Zusammenhang mit der als »Zuteilungserwartung« bezeichneten Mentalität gibt, die der ostdeutschen Bevölkerung verschiedentlich nach-

Abbildung 6: Einstellung zu sozialer Ungleichheit – Anteil ›Stimme zu‹ in %

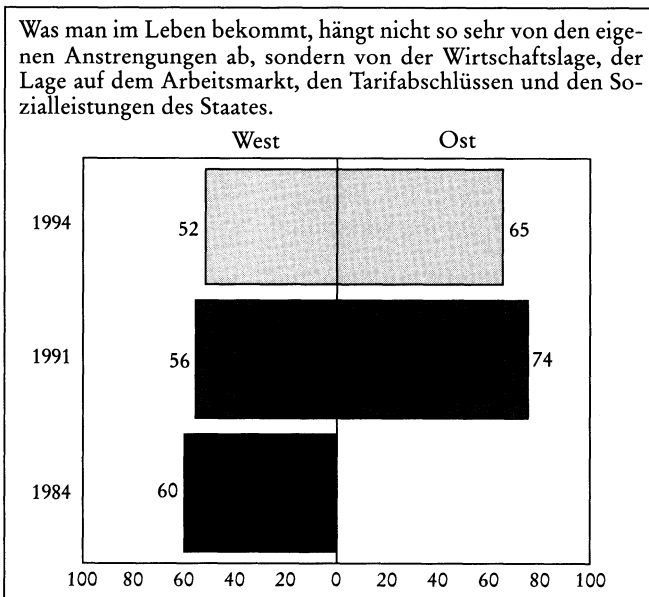
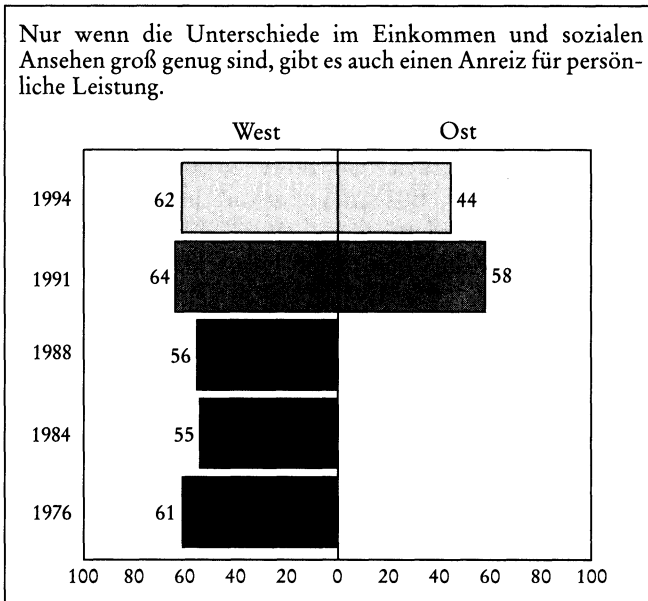


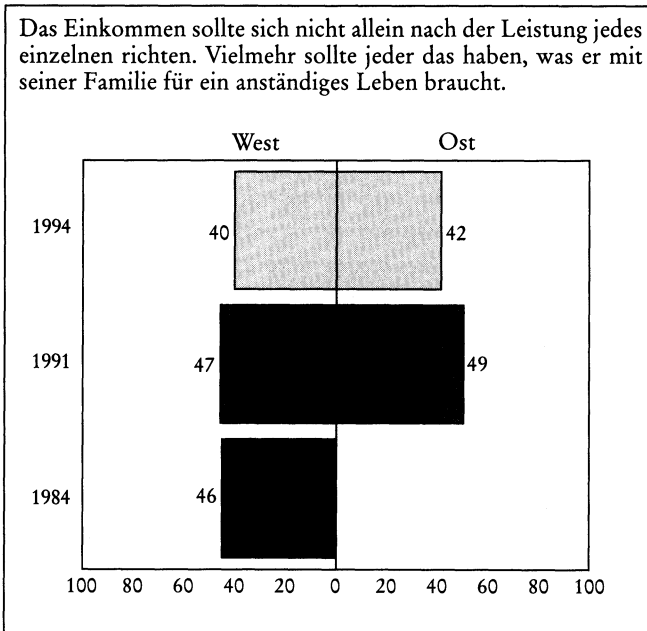
Abbildung 7: Einstellung zu sozialer Ungleichheit – Anteil ›Stimme zu‹ in %



gesagt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Der Befund kann mindestens mit der gleichen Berechtigung auch als durchaus realistische Definition einer Situation interpretiert werden, in der die persönlichen Lebensumstände tatsächlich mehr von den Vorgängen auf der Makroebene der Gesellschaft – der Lage auf dem Arbeitsmarkt, der Preisentwicklung, der Rentengesetzgebung oder der Rechtsprechung – als von den Initiativen und Aktivitäten der einzelnen Bürger abhängen.

Inwieweit soziale Ungleichheit als eine unverzichtbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Leistungsmotivation betrachtet wird, wie die funktionalistische Schichtungstheorie nahelegt, wird an der Aussage »nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung« gemessen. Diese Form der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit wird in Westdeutschland von 62 %, aber in den neuen Bundesländern erneut nur von 44 % der Befragten akzeptiert. Auch in diesem Fall stellen wir in Ostdeutschland gegenüber 1991 eine drastische Abnahme der Zustimmung um 14 Prozentpunkte fest, während in Westdeutschland keine nennenswerten Veränderungen zu beobachten sind (Abb. 7). Die mitunter geäußer-

Abbildung 8: Einstellung zu sozialer Ungleichheit – Anteil ›Stimme zu‹ in %



Datenbasis: ALLBUS 1984, 1986, 1988, 1991, 1994, ZUMABUS 1976

te Vermutung, die Ostdeutschen könnten mehr als die Westdeutschen befürworten, das Leistungsprinzip einzuschränken und Bedarfsgesichtspunkte stärker zu betonen, bestätigt sich allerdings nicht. Hier wie dort sind es mit rund 40% jeweils weniger als die Hälfte der Befragten, die der Aussage zustimmen, daß das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten, sondern daß vielmehr jeder das haben solle, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben brauche (Abb. 8).

5.

Wie fügen sich diese Befunde zu einem Gesamtbild der Legitimation ungleicher Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland zusammen? Zunächst bleibt festzuhalten, daß die ostdeutsche Bevölkerung im Vergleich mit der westdeutschen

nach wie vor egalitärer eingestellt ist und soziale Ungleichheit – insbesondere die zwischen Ost und West – insgesamt wesentlich kritischer beurteilt und weniger toleriert. Hier wie dort korrespondieren die Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit mit dem sozialen Status und politischen Grundüberzeugungen: Wer zu denjenigen gehört, die das Verteilungssystem begünstigt, hat an der Ungleichheit erwartungsgemäß weniger auszusetzen, als diejenigen, die es benachteiligt, und wer im politischen Spektrum eher links steht, egalitärer eingestellt ist als diejenigen, die eher konservative oder liberale Standpunkte einnehmen. Die geringere Legitimation und Akzeptanz der sozialen Ungleichheit in den neuen Bundesländern läßt sich allerdings weder auf die stärker nach links neigende politische Grundhaltung der ostdeutschen Bevölkerung⁴ noch auf eine unterschiedliche Verteilung auf Statuslagen oder andere Strukturmerkmale zurückführen, sondern ist offenbar ein kollektives Phänomen, das eher auf der Makroebene erklärt werden muß.⁵

Erstaunlich ist vor allem, daß die ungleichheitskritischere Haltung der ostdeutschen Bevölkerung im Verlauf des Transformationsprozesses entgegen unserer Erwartung eher zu- als abgenommen hat und die Ost-West-Differenzen damit z.T. noch größer geworden sind. Auch die Nachwirkungen der sozialistischen Gleichheitsideologie der DDR-Gesellschaft kommen daher als Erklärung nur bedingt in Betracht. Manches spricht vielmehr dafür, eine Erklärung für das anhaltende Legitimationsdefizit in den neuen Ländern stärker in einer Richtung zu suchen, die *Dahrendorf* (1994) mit dem Begriffspaar von Angebot und Anrechten angedeutet hat, das sein Buch über den modernen sozialen Konflikt wie ein roter Faden durchzieht. Daß die Anrechte auf den Wohlstand sich mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht in dem gleichem Maße und in der gleichen Geschwindigkeit entwickelt haben wie das Angebot, ist ein Widerspruch, der Anlaß gibt für vielfältige Frustrationen, Konflikte und Ressentiments: »Man kann zwar alles kaufen, aber ich kann es nicht bezahlen«, so wird eine arbeitslose Frau aus Chemnitz zitiert (*Herr* 1995: 17). Daß es – wie *Dahrendorf* (1994: 37) betont – keineswegs die Regel ist, sondern »seltene und große Momente der Geschichte« sind, wenn es gelingt, »gleichsam in einem Schlag Anrechte und Angebot zu steigern,« steht dabei nicht zur Debatte. Für die begrenzte Toleranz und kritischere Haltung gegenüber der sozialen Ungleichheit scheint vielmehr entscheidend zu sein, daß die Existenz von Anrechtsbarrieren innerhalb einer Gesellschaft einem großen Teil der Bürger in Ostdeutschland das Gefühl gibt, trotz aller zwischenzeitlichen Verbesserungen immer noch von der uneingeschränkten Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft, d.h. auch von den vollen Bürgerrechten, ausgeschlossen zu bleiben.

Anmerkungen

- 1 In der Form, in der sie im ALLBUS verwendet wird, lautet die Frage: »Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu, der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht, oder der Oberschicht?«
 - 2 In den alten Bundesländern betrug der Anteil der gültigen Antworten 1991 92,3%, 1992 93,6% und 1994 95,2%. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der gültigen Antworten zwischen 1991 und 1994 von 86,6% über 90,4 auf ebenfalls 95,2% gestiegen.
 - 3 Diese Relation wird auch in anderen Umfragen – wie z.B. dem Wohlfahrtssurvey –, die mit leicht modifizierten Frageformulierungen operieren, bestätigt. (Vgl. z.B. *Habich/Noll/Zapf* (1994: 579).) Die Hypothese, daß die Differenz in der Beantwortung dieser Frage auf eine unterschiedliche Semantik des Begriffs »Arbeiterschicht« zurückzuführen sein könne, wird empirisch nicht bestätigt. (Vgl. dazu *Noll/Schuster* (1992: 216 ff.).)
 - 4 Teilt man die von 0 bis 10 reichende Links-Rechts-Skala in zwei Hälften, stufen sich 1994 60% der westdeutschen, aber 78% der ostdeutschen Befragten politisch eher »links« ein.
 - 5 Dazu angestellte multivariate Analysen führen zu dem Ergebnis, daß die Ost-West-Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit zu einem großen Teil auch dann bestehen bleiben, wenn entsprechende Merkmale kontrolliert werden.
- * Für ihre Unterstützung bei der Datenanalyse und der Erstellung der Grafiken danke ich *Anke Schöb* und *Stefan Duttenhöfer*.

Literatur

- Adam, K. (1995), Der wilde Honig des Ostens. In: *Bilder und Zeiten*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 66, 18. März.
- Bolte, K.-M. (1990), Strukturtypen sozialer Ungleichheit. Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland im historischen Vergleich. In: P.A. Berger, S. Hradil (Hrsg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen: O. Schwarz, S. 27-50.
- Dahrendorf, R. (1994), *Der moderne soziale Konflikt*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Flora, P., Alber, J., Kohl, J. (1977), Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: *Politische Vierteljahresschriften*, 18, S. 707-772.
- Fritze, L. (1995), Sehnsucht nach der DDR in den neuen Bundesländern? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 58, 9. März 1995, S. 10.
- Geißler, Rainer (1995), *Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutsch-*

- land. In: R. Hettlage, K. Lenz (Hrsg.), *Deutschland nach der Wende. Eine Fünf-Jahres-Bilanz*. München: C.H. Beck.
- Habich, R., Noll, H.-H., Zapf, W. (1994), *Soziale Schichtung und soziale Lagen*. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 325. Bonn, S. 574-581.
- Haller, M. (1990), *Soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit in Europa*. Vortrag auf der internationalen Konferenz der Associazione Italiana di Sociologia »Disuguaglianze Sociali ed Equità in Europa«, Como, Oktober 1990.
- Herr, J. (1995), *Laute Klagen, leise Zuversicht. Die Stimmung im Osten*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 69, 22. März 1995, S. 17.
- Hradil, S. (1991), *Soziale Ungleichheit*. In: G. Reinhold (Hrsg.), *Soziologie-Lexikon*. München, Wien: R. Oldenbourg, S. 531-534.
- Kurz, H.D. (1993), *Distributive Aspects of German Unification*. In: H.D. Kurz (Hrsg.), *United Germany and the New Europe*. Aldershot: Elgar, S. 134-159.
- Mayer, K.-U., Kraus, V., Schmidt, P. (1992), *Opportunity and Inequality: Exploratory Analyses of the Structure of Attitudes Toward Stratification in West Germany*. In: F.C. Turner (Hrsg.), *Social Mobility and Political Attitudes. Comparative Perspectives*. New Brunswick/London: Transaction Publishers, S. 51-78.
- Noll, H.-H. (1992), *Zur Legitimität sozialer Ungleichheit in Deutschland: Subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen*. In: P. Ph. Mohler, W. Bandilla (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 2, Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1-20.
- Noll, H.-H., Schuster, F. (1992), *Soziale Schichtung und Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Deutschland*. In: W. Glatzer, H.-H. Noll (Hrsg.), *Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung*. Frankfurt a.M., New York: Campus Verlag, S. 209-230.
- Müller, K., Hauser, R., Frick, J., Wagner, G. (1995), *Zur Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommenszufriedenheit in den neuen und alten Bundesländern in den Jahren 1990 bis 1993*. In: W. Glatzer, H.-H. Noll (Hrsg.), *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 75-111.
- Offe, Claus (1994), *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Statistisches Bundesamt: *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern*. Vierteljahreszeitschrift. Verschiedene Ausgaben. Stuttgart: Metzler Poeschel.
- Uusitalo, H. (1985), *Redistribution and Equality in the Welfare State*. In: *European Sociological Review*, Bd. 1, S. 163-176.